

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der von mir zitierte Rechtsgelehrte, Herr Feuerbach, hat recht: Es ist eine große Freude, in Bayern zu leben und Bayern anzugehören. Es ist ein Glück, in Bayern zu leben. - Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich für die Abgabe Ihrer Regierungserklärung. Als Präsidentin des Hohen Hauses darf ich mich ausdrücklich für Ihre Ausführungen zu den Rechten des Parlaments gegenüber dem Bund und Europa bedanken. Das war in unserem Interesse. Das ist auch unsere Auffassung und unser Bestreben. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Ich darf an den Ältestenrat erinnern und sagen, dass wir pro Fraktion eine Redezeit von, etwas aufgerundet, 68 Minuten pro Fraktion haben. Ich kündige das nur an. Wie die Verteilung der Redezeit von den einzelnen Fraktionen gehandhabt wird, liegt in deren eigener Entscheidung. Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Es gilt, unsere Heimat Bayern in eine gute, in eine noch bessere Zukunft zu geleiten. Dieser Herausforderung haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien verschrieben. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir müssen unsere Spitzenplätze in Bayern, die wir auf so vielen Gebieten belegen, verteidigen. Wir müssen die Aufholjagd dort, wo wir noch zurückliegen, beschleunigen. Im Gesamtbild steht der Freistaat Bayern im 95. Jahr nach seiner Ausrufung durch den Sozialdemokraten Kurt Eisner gut da. Viele Wirtschaftsdaten sind beispielhaft. Die Arbeitslosigkeit ist auf erfreulich niedrigem Niveau. Die Kriminalitätsrate ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern gering. Vielen Menschen in Bayern geht es gut, einigen sogar sehr gut.

Doch wo Licht ist, da ist auch Schatten. Es ist unsere erste Pflicht als Abgeordnete des Bayerischen Landtags, uns nicht in Selbstzufriedenheit zurückzulehnen und von einer vermeintlichen Vorstufe zum Paradies zu fabulieren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es uns in Bayern so gut geht, haben wir zuallererst dem Fleiß und dem Tatendrang der Menschen in Bayern zu verdanken. Das betrifft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gleichen Maß wie unsere bayerische Unternehmerschaft. Sie sind die Garanten unseres ökonomischen Erfolgs. Es geht mir aber nicht nur um jene, die in den Betrieben und Unternehmen sehr gute Arbeit leisten. Im Besonderen geht es mir auch um diejenigen, die sich im Ehrenamt um unser Gemeinwohl verdient machen. Jeder dritte Mitbürger und jede dritte Mitbürgerin in Franken, in Schwaben und in Altbayern setzen sich in der Freizeit für Gottes Lohn für unsere Mitmenschen ein. Dieses millionenfache Engagement in Vereinen, Initiativen, bei den Feuerwehren, in Kirchengemeinden, bei Wohlfahrtsverbänden, in Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfen macht das soziale, das menschliche und damit das sympathische Gesicht Bayerns aus. Darauf sind wir gemeinsam stolz. Wir danken allen, die sich Tag für Tag uneigennützig in Bayern in den Dienst der Mitmenschlichkeit stellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als jüngerer Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist es mir ein besonderes Anliegen, der älteren Generation in Bayern für ihre Aufbauarbeit zu danken. Die Erfolge des Freistaats gehen ganz wesentlich auf den vorbildlichen Einsatz und Aufbauwillen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zurück. Sie haben ein Anrecht darauf, ihr Leben in Würde und Wertschätzung führen zu können. Wir brauchen in Bayern die Erfahrung, die Urteilskraft und Besonnenheit der älteren Generation, um politisch und wirtschaftlich das Gleichgewicht zu halten. Die SPD-Fraktion arbeitet für ein Bayern, in dem Jung und Alt gut zusammenwirken und generationenübergreifend zusammenarbeiten.

Es freut mich, dass der Ministerpräsident sein Bild vom Älterwerden verändert hat. Herr Ministerpräsident Seehofer hatte noch vor fünf Jahren alle Kabinettsmitglieder im Alter von über 60 Lebensjahren regelrecht aufs Altenteil abserviert. Von der Defizitsicht zur Kompetenzsicht spricht er in seiner Regierungserklärung fünf Jahre später. Das ist eine neue Erkenntnis, Herr Ministerpräsident. Wir begrüßen das.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einem lebenswerten und liebenswerten Land. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir arbeiten für ein menschliches und ein modernes Bayern, ein Bayern, in dem sich alle Bewohnerinnen und Bewohner zu Hause und heimisch fühlen, egal, ob sie hier gebo-

ren wurden oder zugereist sind, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben, egal ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, gesund oder krank, unabhängig von der Religionszugehörigkeit, der Weltanschauung, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung. Die Menschen in Bayern sollen ein freies, ein selbstbestimmtes und chancenreiches Leben führen können. Sie sollen sich dabei gut aufgehoben fühlen. Dafür machen wir Sozialdemokraten hier im Bayerischen Landtag Politik. Das ist die politische Verantwortung, die wir wahrnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das Lebens- und das Liebenswerte in Bayern ist in vielen Jahrhunderten entstanden. Es ist nicht das Erbe einer Partei. Das Gute und das Schöne in Bayern hat kein Parteivorsitzender, kein Generalsekretär und auch kein Funktionärsgremium, gleich welcher Partei, erarbeitet. Die herrlichen Landschaften, die wertvollen Traditionen und Bräuche, unsere wunderbare Kultur, um die uns viele beneiden – ja, es ist ein Glück, in Bayern zu leben, Herr Ministerpräsident. Feuerbach hat Recht; auch das kann ich unterschreiben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gleichen heute unsere politischen Vorstellungen darüber ab, was getan werden muss, um unsere Heimat auf einem guten Kurs zu halten beziehungsweise auf einen guten Kurs zu bringen, wo dies noch nicht der Fall ist. Ich will mich dabei auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren. So sehr die allgemeine Aussage "Bayern geht es gut" stimmt - wer wollte dem ernsthaft widersprechen? -, umso deutlicher zeigen sich in der Detailansicht der vergangenen Jahre Brüche und Fehlentwicklungen. Aus meiner Sicht gibt es vier zentrale Herausforderungen, die die bayerische Landespolitik mit Nachdruck angehen muss.

Erstens. Der fortschreitende demografische Wandel beeinflusst das Leben in unserer Heimat zunehmend. Es werden zu wenige Kinder geboren, zugleich steigt die Lebenserwartung erfreulicherweise an. Diese Entwicklung erfordert ein aktives Handeln der Politik und der Gesellschaft. Unser Bayern der Zukunft ist ein Land, in dem Stadt und Land Hand in Hand gehen und kein Landstrich abgehängt wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Der wirtschaftliche Fortschritt in Bayern ist kein Selbstläufer. Unser Bayern der Zukunft ist ein Land, in dem Wirtschaftspolitik nicht allein dem Markt überlassen bleibt, sondern der Freistaat nimmt seine Verantwortung vorausschauend und gestaltend wahr

und schafft Rahmenbedingungen, die der bayerischen Wirtschaft Entwicklungsperspektiven eröffnen und faire Bedingungen in der Arbeitswelt herstellen.

Drittens. Bayern hat in verschiedenen Bildungsstudien durchaus gute Eckwerte erzielt. Die Chancen unserer Kinder sind im Freistaat aber sehr ungleich verteilt. Sie sind nach allen vorliegenden Studien so sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD):
So ist es leider!)

Unser Bayern der Zukunft ist hingegen ein Land, in dem kein Kind verloren geht.

Viertens. Bayern ist ein reiches Land. Umso mehr kann es uns als die politischen Verantwortungsträger nicht ruhen lassen, dass im Freistaat die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Das Armutsrisiko für viele Bürgerinnen und Bürger ist in den letzten Jahren gestiegen, nicht gesunken. Unser Bayern der Zukunft ist deshalb ein Land, in dem Solidarität und Zusammenhalt nicht nur in Sonntagsreden propagiert werden. Soziale Gerechtigkeit will auch politisch organisiert sein; dafür steht die SPD. Dafür werden wir hier im Hohen Hause in den kommenden fünf Jahren Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt sicher viele denkbare Antworten und Lösungsansätze für die beschriebenen Herausforderungen. Eine Antwort des Ministerpräsidenten erscheint uns besonders zweifelhaft, nämlich die Installation eines Heimatministers und der Glaube, die beschriebenen Herausforderungen wären damit gelöst. Die Erwartungen der bayerischen Bevölkerung an diesen Heimatminister sind sehr hoch. Der Ministerpräsident hatte im Wahlkampf in allen sieben Regierungsbezirken versprochen, es möge Manna regnen. Der neue Heimatminister soll das richten. Motto: Haben Sie ein Problem? Egal, wo Sie in Bayern leben, schreiben Sie an Markus Söders Homeoffice nach Nürnberg. Die Söder-Politikzentrale kümmert sich schon.

Wir kritisieren: Die CSU sucht die Lösung für dezentrale Probleme schon wieder einmal im Zentralismus. Ein zentral organisiertes Ministerium in der zweitgrößten Metropole des Landes soll es richten. Das sogenannte Heimatministerium ist in unseren Augen ein Marketing-Gag und nichts anderes als die Forstsetzung des CSU-Zentralstaats mit anderen Begriffen und mit einer anderen Postadresse. Bayern braucht aber nicht mehr CSU-Zentralstaat; denn davon haben wir mehr als genug und viel zu viel. Heimat ist auch

nicht mit Markus Söders Fernbedienung zu gestalten, weder aus Nürnberg noch aus München. Heimat findet vielmehr dort statt, wo sie ihren Ursprung hat, und das ist vor Ort. Heimat stiftet vor Ort Identität und Charakter. Was Bayern braucht, sind mehr Dezentralität, mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung in den Regionen. Freiheit statt Zentralismus, das muss das Credo der bayerischen Landespolitik in den kommenden Jahren sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ergänzt um das 2004 verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip, wer anschafft, der bezahlt, ist die Subsidiarität für uns Sozialdemokraten das ganz entscheidende freiheitliche Ordnungselement für den Freistaat Bayern. Subsidiarität steht für die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Um es zu übersetzen: Vor Ort finden die Betroffenen bessere Lösungen, und sie haben bessere Ideen als die Münchner CSU-Zentralministerialverwaltung.

Das ergibt sich schon aus einem Blick auf die Landkarte. Bayern ist mit über 70.000 Quadratkilometern das mit Abstand größte deutsche Flächenland: 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte. Andere Bundesländer sind viel kleiner. Das Saarland beispielsweise hat eine Fläche, die nicht viel größer ist als der Landkreis Ansbach. Oder nehmen wir Thüringen und Schleswig-Holstein. Sie sind jeweils kleiner als der Regierungsbezirk Oberbayern. Schon allein deshalb, schon aufgrund der Größe des Freistaats Bayern, sollte sich eine Münchner Zentralregierung oder ein Nürnberger Zentralkomitee nicht einbilden, alle Antworten für jeden Winkel Bayerns parat zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten treten für ein Bayern der Regionen ein und gegen das durchgängige CSU-Zentralstaatsprinzip, das alles, bis ins letzte kleine Detail, von der Zentral-Staatskanzlei und jetzt vom Heimatministerium aus steuern und lenken will.

Meine Damen und Herren, die bayerische Bevölkerung hat am 15. September per Volksentscheid gleichwertige Lebensbedingungen als Verfassungsziel in unsere Bayerische Verfassung aufgenommen. Dieses neu definierte Verfassungsziel wird in der laufenden Legislaturperiode unsere volle Aufmerksamkeit abverlangen. Nachdem die Regierungsfraktion einen eigenen Landtagsausschuss mit dem Titel "Heimat, gleichwerte Lebensbedingungen und Infrastruktur in den Regionen" abgelehnt hat, wird die SPD eine gleichlautende Heimat-Enquetekommission einsetzen. Der Enqueteauftrag und die Themen liegen auf

der Hand: Verbesserung der Internetversorgung, Sanierung der Verkehrswege, Erhalt der Schulen und der medizinischen Versorgung, aber auch die Begrenzung der Mietenexplosion in den Ballungszentren sowie die Stärkung der kulturellen Landschaft in der Fläche. All diese Themen sind für die Menschen in Bayern eng damit verbunden, wie sie ihre Heimat erleben. Hier gibt es erheblichen Handlungsbedarf; das dürfte in diesem Hohen Hause unstrittig sein. Selbst der neue Heimatminister Markus Söder spricht in einem Interview mit der "Bayerischen Staatszeitung" inzwischen von Bayern als einem Land der zwei Geschwindigkeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Bayern, ein Land der zwei Geschwindigkeiten! Herr Söder, wo Sie Recht haben, haben Sie Recht.

Ich nenne einige Beispiele: Die CSU hat es über 50 Jahre zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere innerhalb Bayerns stark auseinandergeht. Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen im Landkreis Freyung-Grafenau liegt weit unter dem bayerischen Durchschnitt bei 74 %. Im Landkreis München liegt es weit über dem bayerischen Durchschnitt bei über 171 %, das ist mehr als zweieinhalbmal so hoch. Ein anderes Beispiel: die Kaufkraft. Im Landkreis Starnberg verfügte im Jahr 2012 jeder Einwohner über eine Kaufkraft von 30.000 Euro. Im östlichen Bayern lag die Kaufkraft je Einwohner vielfach weit unter dem bayerischen Durchschnitt von etwa 22.000 Euro. Das, meine Damen und Herren, nennen Experten "erhebliche regionale Disparitäten". Während in Teilen Oberfrankens und der nördlichen Oberpfalz Kindergärten und Schulen wegen Kindermangels geschlossen werden, kommen die boomenden Metropolen mit dem Bau von Kindergärten und Schulen nur mit großer Anstrengung gerade noch hinterher. Während in manchen Gegenden Bayerns dramatischer Wohnungsleerstand zu verzeichnen ist, wird der Wohnraum in den Metropolen immer knapper. Die Mieten und die Immobilienpreise explodieren dort.

Die Probleme hinter all diesen nüchternen Fakten, meine Damen und Herren, werden beim Blick auf die sehr heterogene Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken in den nächsten Jahren noch verstärkt: Während für Oberbayern bis zum Jahr 2031 ein Bevölkerungsplus von 6,5 % prognostiziert wird, wird für Oberfranken ein Minus von 9,3 % erwartet.

Welche Konsequenz ergibt sich daraus für uns als verantwortliche Politiker? – Zunächst, so meine ich, gehört es zu unseren Pflichten als Politiker mit Verantwortung, den Menschen vor Ort reinen Wein einzuschenken. Wir können niemandem versprechen, de-

mografische Entwicklungen aufzuhalten und in kürzester Zeit ins Gegenteil zu verkehren. Wir leben dankenswerterweise auch nicht in einer Planwirtschaft und haben den Menschen in Bayern auch nicht vorzuschreiben oder vorzugeben, wo sie gefälligst zu wohnen und zu leben haben.

Eines steht für mich fest: Die CSU reagiert viel zu spät auf diese beschriebenen Entwicklungen, und sie hat deren Beschleunigung mit einer einseitigen Fokussierung auf Bayerns Leuchttürme mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt: Zentralistische politische Organisationsformen wie das Zentralkomitee für Heimat von Herrn Söder sind keine passenden Lösungen für die heterogenen Entwicklungen. Es muss das Prinzip gelten: agieren statt reagieren, rechtzeitige Prävention statt später Reparatur. Dabei geht es um alle Politikbereiche, von der Wirtschaftsförderung über Schule, Hochschule und Gesundheitsvorsorge bis hin zur Dorferneuerung und zum Straßenbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die bayerischen Kommunen stärker machen. Die Kommunen sind Garanten für Bürgernähe und soziales Miteinander. Sie sind ganz nah an den alltäglichen Problemen und Sorgen der Menschen. Vor Ort werden Demokratie und Lebensqualität erfahrbar gemacht. Deshalb können in den Kommunen besonders pragmatische und sachgerechte Lösungen entwickelt und Entscheidungen aus Markus Söders Nürnberger Elfenbeinturm vermieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Kommunale Selbstverwaltung setzt hinreichende Finanzen voraus. Bei den Kommunal финанzen besteht ein regelrechter Reformstau, der sich über viele Jahre aufgebaut hat und der Schritt für Schritt abgearbeitet werden muss. In der Amtszeit von Herrn Seehofer stieg das Volumen des Staatshaushalts um 22,2 %, das des kommunalen Finanzausgleichs nur um 18,4 %. Die kommunale Verschuldung pro Kopf ist in Bayern mehr als doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Und auch hier wird deutlich: Die CSU hat die Politik der schwarzen Null auf Kosten der Kommunen betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU betreibt Zentralismus im Umgang mit den bayerischen Kommunen. Mit 76 Fördertöpfen im kommunalen Finanzausgleich und 369 Fördertöpfen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs werden

die Kommunen am kurzen Zügel der Zentralregierung in München gehalten.

Herr Ministerpräsident, Sie versprechen heute Entbürokratisierung. Wir wissen, wo Sie anfangen könnten: Entrümpeln Sie das Dickicht an Fördertöpfen beim kommunalen Finanzausgleich und gönnen Sie unseren Kommunen die Butter auf dem Brot!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Die SPD wird im Bayerischen Landtag dafür arbeiten, unsere Kommunen zu stärken, sie robust und widerstandsfähig zu machen. Dafür benötigen unsere Kommunen mehr eigene Mittel und mehr eigene Ressourcen. Machen wir unsere Kommunen stark, dann ist Bayern stark, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zweiter maßgeblicher Antrieb für die Zukunft unseres Landes neben der notwendigen Stärkung der Regionen muss eine starke Bildungspolitik sein. Bildung ermöglicht die Perspektive auf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben und die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Bildung ist eine wichtige Sprungfeder für Aufklärung, Fortschritt, Gerechtigkeit und Solidarität. Eine starke Bildungspolitik ist für uns als Bildungspartei aber nicht nur ein Imperativ der Humanität; eine starke Bildungspolitik, die keine Talente auf der Strecke lässt, ist für uns in Bayern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts rückläufiger Geburtenzahlen und des Fachkräftemangels benötigt Bayern mehr denn je gut ausgebildete und hoch qualifizierte junge und auch ältere Fachkräfte. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft geht davon aus, dass in Bayern bis zum Jahr 2030 1,1 Millionen Fachkräfte fehlen werden. Dieser Fachkräftemangel entspräche einem Wohlstandsverlust von 650 Milliarden Euro in Bayern bis zum Jahr 2030.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen sicherlich konform darin, dass es eines ganzen Maßnahmenbündels bedarf, um in Zukunft die steigende Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften decken zu können. Eine landespolitische Weichenstellung muss jedoch jetzt dringend in Angriff genommen werden: die Bildung in Bayern auf allen Ebenen zu stärken; denn es dauert ein bis zwei Jahrzehnte, bis erfolgreiche Reformen im Bildungssystem ihre Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt entfalten.

Der Ministerpräsident hat heute die Investitionen seiner Regierung in die Bildung gerühmt. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich jedoch die nüchterne Erkenntnis, dass Bayern nur auf Platz 8 im Bundesländervergleich steht, wenn es um den Anteil der unmittelbaren Ausgaben für Schulen im Staatshaushalt geht, hinter Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die die vorderen Plätze belegen.

Es gibt eine weitere nüchterne Wahrheit: In keinem anderen Bundesland hängen Bildungschancen so sehr vom Geldbeutel, vom Wohnort und von der Ausbildung der Eltern ab wie in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute hier angekündigt, Sie wollten in der Bildungspolitik keine Reformen mehr. Die maßgeblichen Probleme und Herausforderungen sind doch aber alles andere als gelöst. Noch immer ist der Unterrichtsausfall in Bayern viel zu hoch. Noch immer sind die Klassen viel zu groß, um eine individuelle Förderung unserer Kinder hinreichend zu ermöglichen. Noch immer ist die Zahl derer, die ohne Schulabschluss und damit ohne Berufsperspektiven bleiben, zu hoch. 7.000 Schülerinnen und Schüler sind das jedes Jahr. Die Reparaturkosten für unsere Gesellschaft steigen damit jedes Jahr. Durch eine sehr einseitige Orientierung auf Auslese vergeuden Sie Potenziale und verbauen jungen Menschen Lebenschancen. Das werden wir uns in Bayern künftig nicht mehr erlauben können.

(Beifall bei der SPD)

Eine gute Bildungspolitik ist die beste Prävention gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Deshalb sagen wir, die oberste Prämisse von Bildung in Bayern muss sein: Kein Kind darf verloren gehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Noch immer hat ein Facharbeiterkind eine siebenmal geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Akademikerkind. Noch immer sind die Schulabschlüsse in den Regionen höher, in denen viel Geld vorhanden ist. Damit geht auch die Privatisierung bayerischer Bildungsanstrengungen ein Stück weit einher. Jedes Jahr bezahlen bayerische Familien privat etwa 250 Millionen Euro für Nachhilfeunterricht. Das sind diejenigen Familien, die es sich leisten können. Kinder aus Familien mit schmalere Geldbeutel bleiben auf der Strecke. Wer sich im System Spaenle gar nicht mehr weiterzuhelfen weiß, schickt sein Kind für viel Geld auf eine Privatschule. Während staatliche Schulstandorte massenhaft geschlossen werden

mussten, 700 an der Zahl in den letzten zehn Jahren, sind im gleichen Zeitraum in Bayern knapp 100 neue Privatschulen entstanden, davon allein fast 40 in den kaufkraftstarken Regionen Oberbayerns, also dort, wo viel Geld vorhanden ist. Wohl dem in Bayern, der Geld für Bildung hat! Wir erinnern uns an die frühere CSU-Schulministerin Frau Hohlmeier: Sie konnte sich die Privatschule für ihre Kinder leisten.

Die stetig wachsende Zahl von Privatschülern steht nach meiner Überzeugung auch mit der überhasteten Einführung des verkürzten Gymnasiums G 8 in Verbindung. Viele Eltern halten für ihre Kinder ein langsames, ausführlicheres Lernen in neun Schuljahren für die bessere Variante. Deshalb bleibt die Debatte über die besten Lernformen an bayerischen Gymnasien auch in dieser Legislaturperiode auf der Tagesordnung. Dafür werden wir Sozialdemokraten Sorge tragen, auch wenn Sie, Herr Ministerpräsident, das Thema am liebsten beerdigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für die SPD sind in der bayerischen Bildungspolitik die folgenden drei Punkte vordringlich. Punkt eins lautet: gute Bildung von Anfang an. Nach unserem Verständnis sind bereits die bayerischen Kinderbetreuungseinrichtungen Bildungseinrichtungen. Das beginnt in der Kinderkrippe. Die CSU-Zentralregierung hat das über einen viel zu langen Zeitraum negiert und ganz anders gesehen. Das hatte zur Folge, dass Bayern im Bundesländervergleich bei der Kinderbetreuung weit hinterherhinkt. Der Freistaat liegt im Bundesländerranking der Statistik über die Betreuung der Kinder unter drei Jahren lediglich auf einem enttäuschenden zwölften Platz. Die bundesweit niedrigsten Betreuungsquoten weisen die kreisfreie Stadt Amberg und der Landkreis Berchtesgadener Land auf. Auch die bayerischen Städte Straubing und Kaufbeuren liegen ganz am Ende. Statt im Bund mit dem Betreuungsgeld Fehlanreize gegen den Rat aller Experten durchzudrücken, muss Bayern dringend weitere Kinderbetreuungsplätze schaffen und auch in die Qualität der Betreuungseinrichtungen investieren. Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei betrifft den Erhalt der wohnortnahen Schule. Wo die Schule stirbt, da stirbt das Dorf. Dieser Satz ist so erschreckend wie wahr. Wie gesagt, 700 Schulstandorte mussten in den letzten zehn Jahren in Bayern schließen. Der Freistaat gibt heute 100 Millionen Euro mehr für die Schülerbeförderung im Schulbus aus als noch vor 13 Jahren. Schulbusunternehmer müsste man in Bayern sein! Das ist mit der

CSU im Freistaat ein Geschäftsmodell der Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Schulwege für Bayerns Schülerinnen und Schüler werden immer weiter und immer länger. Eine Anfahrt dauert 60 bis 70 Minuten, ebenso lange der Heimweg. Viele Kinder sitzen pro Woche länger im Schulbus als im Mathematik- und Deutschunterricht zusammengekommen. Dieser Entwicklung kann die CSU-Zentralregierung doch nicht tatenlos zusehen. Vielmehr muss die Maxime gelten: kurze Beine, kurze Wege.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident verkündet heute eine staatstragende Bestandsgarantie für rechtlich selbstständige Grundschulen. Den Eltern, Schülern und Lehrern und auch den Bürgermeistern vor Ort ist es relativ egal, welche Rechtsform die Schule hat. Ihre heute verkündete Bestandsgarantie, Herr Ministerpräsident, ist eine Mogelpackung; denn 300 Schulen in 300 Orten in Bayern sind nicht rechtlich selbstständig. Ich behaupte: Diese Grundschulen werden Sie in den nächsten fünf Jahren schließen, genauso wie die 150 Mittelschulstandorte, die aufgrund ihrer Schülerzahl akut von Schließung bedroht sind.

(Beifall bei der SPD)

Gute Bildungspolitik muss wohnortnah alle Qualitätsstandards gewährleisten und alle Schulabschlüsse ermöglichen, lange Schulwege vermeiden und als Lösung regionale Schulmodelle zulassen, um gleiche Chancen in Stadt und Land zu schaffen, und zwar mit der Schule, in der möglichst alle Schulabschlüsse unter einem Dach angeboten werden. Das ist unser Lösungsvorschlag. Verweigern Sie sich nicht weiter bildungspolitischem Fortschritt in Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu Punkt drei: Wir brauchen mehr Ganztagsschulangebote. Das hatte der Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung von 2008 versprochen. Ich zitiere wörtlich aus der schriftlichen Fassung der Regierungserklärung von Horst Seehofer 2008: "Wir werden flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten anbieten." – Herr Ministerpräsident, Sie haben eben hier gesagt, all das, was Sie angekündigt haben, hätten Sie auch umgesetzt. – Aber hier im Bayerischen Landtag befinden wir uns nicht in einer Comedy-Veranstaltung. Ich weiß, dass Sie Humor haben. Doch eigentlich müsste es Ihnen peinlich sein, dass Sie dieses Versprechen fünf Jahre später nochmals auf die Tagesordnung setzen müssen, weil nichts passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist: Nur 5 % aller Schülerinnen und Schüler in Bayern kommen in den Genuss eines Ganztagsschulangebots. Damit liegt Bayern nach der jüngsten Bertelsmann-Studie auf Platz 14 im Bundesländervergleich. Ist das Ihr Anspruch, Herr Ministerpräsident? Unserer ist es nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Ich nenne ein paar Zahlen, auch wenn das für Sie womöglich anstrengend ist. Von 2.300 Grundschulen besitzen lediglich 300 Ganztagsklassen. Sie sprechen schon dann von einer Ganztagsklasse, wenn es darin nur eine einzige Ganztagsklasse gibt. Noch nicht einmal 10 % der 415 Gymnasien haben auch nur eine einzige Ganztagsklasse. Noch nicht einmal 10 % der 365 Realschulen haben auch nur eine einzige Ganztagsklasse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, eine gute Ganztagschule bedeutet mehr als Nachmittagsbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

Sie organisiert einen abwechslungsreichen Tagesablauf, in dem es Zeit und Raum für individuelle Förderung gibt. Die Ganztagschule als Angebot endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. So soll es sein. Dann bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen und sich in örtlichen Vereinen zu engagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist der Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung. Dazu gehören für uns auch starke Berufsschulen, lebenslanges Lernen und die Erwachsenenbildung als feste Säule des Bildungsangebots. Wir werden als SPD dafür arbeiten, den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Ausbildung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Kindergarten, an der Regelschule und an der Hochschule ist uns Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit. Als SPD treten wir hier im Landtag für eine moderne Bildungs- und Wissensgesellschaft ein. Wir wollen echte Chancengleichheit für alle durch das Recht auf eine langfristig gebührenfreie Bildung durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in einer guten Partnerschaft mit der bayerischen Bevölkerung ist es der Opposition im Bayerischen Landtag gelungen, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen und der CSU-Zentralregierung ein Stück weit mehr Bildungsgerechtigkeit abzutrotzen. Dass in der Hochschulpolitik noch längst nicht alle Herausforderungen bewältigt sind, haben die bayerischen Universitäten jetzt mit einem Positionspapier von elf Präsidentinnen und Präsidenten untermauert. Das ist ein Positionspapier, das einem Brandbrief gleichkommt; ja, man kann sagen: Die Hochschulen schlagen Alarm. Dort heißt es, Bayern hinke deutlich hinter den aktuellen Entwicklungen hinterher. In der jüngsten Vergangenheit sei man bereits hinter Baden-Württemberg zurückgefallen. Frau Professorin Sabine Doering-Manteuffel wird zitiert: Es gehe dabei insbesondere um die Internationalisierung, Autonomie und Verantwortung und um Innovationsförderung; für Nachwuchswissenschaftler gebe es zu wenig soziale Sicherheit; der Wissenschaftsbetrieb sei familienunfreundlich. Sie kommt zum Fazit: Wir sind nicht wirklich fit für den internationalen Wettbewerb.

Herr Ministerpräsident, wir teilen ganz ausdrücklich Ihren Anspruch, Bayern bei Forschung und Innovation ganz nach vorne zu bringen. Aber die bayerische Forschungsintensität stagniert seit den Neunzigerjahren. Innovationshäufigkeit und -geschwindigkeit lassen merklich nach. In Bayern liegt der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt bei noch nicht einmal 3 % und damit deutlich hinter Baden-Württemberg und hinter Berlin. Bayern droht – so heißt es in dem Schreiben – weiter zurückzufallen und seine Spitzenstellung zu verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie sich doch einmal viele Hörsäle und Seminarräume in Bayern an! Ich erwähne ein aktuelles Beispiel aus Erlangen. Dort fiel im Sommer die Decke auf den Schreibtisch eines Archäologen. Einstürzende Altbauten, Asbest und PCB in der Atemluft, Schimmel im Keller. Viele Geisteswissenschaftler der Universität Erlangen sind derzeit verzweifelt, schreibt eine große Münchner Tageszeitung. Nur ein Teil des bröckelnden Betongebäudes wurde zum Semesterbeginn notdürftig saniert. Die meisten Politologen, Soziologen, Geografen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler konnten nicht in ihre Büros zurückkehren. Am Eingang zum Institut steht der Warnhinweis: Betreten verboten – Lebensgefahr.

Meine Damen und Herren, der gesamte Sanierungsbedarf der bayerischen Universitäten summiert sich auf drei bis fünf Milliarden Euro. Das sollte in dieser Legislaturperiode zu schaffen sein. Herr Ministerpräsi-

dent, setzen Sie sich das Ziel, dass dieser Sanierungsstau abgebaut wird!

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe dabei: Der neue Hochschulminister hat eine Chance verdient, sich zu beweisen. Das habe ich bereits vor einigen Wochen bei der Vorstellung des Kabinetts gesagt. Ihr Arbeitsauftrag, Herr Spaenle, ist klar: Der Sanierungsstau an den Hochschulen muss behoben, die Arbeitsbedingungen verbessert, bessere Studienmöglichkeiten für die Studierenden verwirklicht und die Wohnungsnot in den Studentenstädten behoben werden. Herr Staatsminister, wir erwarten, dass Sie demnächst liefern und nach den obligatorischen 100 Tagen Schonfrist ein schlüssiges Programm vorlegen. Ein Superminister darf da gerne auch mal superschnell sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, noch ein zweites Versprechen hatte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vor fünf Jahren am 10. Dezember 2008 abgegeben. Auch das möchte ich wörtlich zitieren. Zitat Horst Seehofer: "Wir werden dafür sorgen, dass spätestens in drei Jahren die Bürger überall in Bayern Zugang zu schnellem Internet haben."

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! Aber sicher!)

In drei Jahren wäre Ende 2011 gewesen, Herr Ministerpräsident. Heute verkaufen Sie die gleiche Soße ganz einfach noch einmal und müssen Ihr Versprechen wiederholen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Viel zu viele Haushalte in Bayern sind noch gar nicht breitbandversorgt. Die meisten Übertragungsgeschwindigkeiten liegen bei einem bis zwei Megabit pro Sekunde. Das sind im heutigen Kommunikationszeitalter Geschwindigkeiten eines Pferdefuhrwerks. Wir brauchen jedoch Geschwindigkeiten eines ICE, und einer Ihrer Vorgänger würde vielleicht sogar sagen, Geschwindigkeiten eines Transrapid. 2008 haben Sie Ihre Ankündigung gemacht, 2011 wollten Sie fertig sein, aber der erste Fördercent konnte erst 2013 fließen, weil Sie das Programm bis dahin nicht in Gang bringen konnten. Dabei wollten Sie doch 2011 schon fertig sein.

Nach dem Start des Programms im Januar haben sich bisher lediglich acht Gemeinden durch die erste Hälfte der 19 Verfahrensschritte gekämpft. Wir teilen als SPD die Befürchtungen des Bayerischen Gemeindetags, dass die bei der Europäischen Union ange-

meldeten Fördergelder von zwei Milliarden Euro nicht abgerufen werden können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Bürokratieabbau versprochen. Da können Sie anfangen. Machen Sie sich an die Arbeit und korrigieren Sie bitte zügig Ihre Fehler aus der letzten Amtszeit.

(Beifall bei der SPD)

Unzureichende Übertragungsgeschwindigkeiten, lange Reaktionszeiten und mangelnde Verfügbarkeit: Die Menschen in Bayern sitzen vor ihren Bildschirmen, und nichts rührt sich. Das ist nicht nur nervig, sondern stellt auch Hürden für bayerische Unternehmer und Selbstständige dar. Daraus erwachsen für den Standort Bayern schon heute wirtschaftspolitische Nachteile. Sie sprechen von einer digitalen Revolution, dabei verantworten Sie digitale Stagnation, Herr Ministerpräsident. Will Bayern nicht weiter zurückbleiben, muss der Freistaat drei bis fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen, um den Netzausbau flächendeckend zu bewältigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei der Energiewende stand die Staatsregierung bisher auf der Bremse. Tatendrang und Aktivität wurden allenfalls vorgetäuscht. Hier gab es ein ganzes Bündel von Maßnahmen; nämlich Energiegutachten, Energieberichte, Energiedialoge, Energiekongresse und Energiegipfel. Ein Energiepreis wurde vergeben, ein Energiekonzept erstellt und eine Energieprognose abgegeben. Es wurden ein Energiebeirat und eine Energiekommission gebildet, und jetzt gibt es als Krönung noch eine Energieplattform. Herr Ministerpräsident, mit dem Energiemarketing sind Sie durch. Bitte machen Sie sich jetzt an die Arbeit, und das energisch.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Handeln wäre eine gute Alternative!)

Während Industrie und Verbände den notwendigen Netzausbau und massive Investitionen in die Strom- und Gasleitungsnetze in Bayern fordern, gründet die Staatsregierung immer wieder neue Arbeitskreise. Aber anstatt die landespolitischen Hausaufgaben abzuarbeiten, will Ministerpräsident Seehofer den Ausbau der Windenergie mit neuen Abstandsregelungen nun sogar völlig zum Stillstand bringen.

Nur damit kein Missverständnis aufkommt: Als bayerische SPD begrüßen wir die neue Länderöffnungsklausel ausdrücklich nicht. Wir sehen es auch überaus kritisch, Herr Ministerpräsident, dass Sie gleichzeitig die Kapazitäten des Atomkraftwerks Gundremmingen hochfahren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach vielen Wendungen ist Herr Seehofer wieder dort angekommen, wo er energiepolitisch einst war, hatte er doch bei seiner Regierungserklärung 2008 die Verlängerung der Atomlaufzeiten für unverzichtbar erklärt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Alles andere sei umwelt- und wirtschaftspolitisch nicht zu verantworten. Immerhin, dieses Vorgehen halten wir für richtig: Die Aufgaben für Energie haben Sie jetzt in einem Ministerium gebündelt. Frau Ministerin Aigner, wir wünschen Ihnen alles Gute für diese wichtige Aufgabe. Sie haben unsere volle Unterstützung. Aber wir erwarten, dass Sie jetzt einen Plan darüber vorlegen, wie Sie vorgehen wollen. Mit Marketing und schönen Fotos allein ist es nicht getan. Bitte machen Sie sich sofort an die Arbeit. Sie sind zeitlich in Verzug.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die hoheitliche Aufgabe des Freistaats, die Verkehrsinfrastruktur intakt zu halten. Das hat die Staatsregierung in der Vergangenheit vernachlässigt. Der vermeintlich ausgeglichene Haushalt entpuppt sich schnell als Luftnummer, wenn notwendige Sanierungsmaßnahmen einfach mal in die Zukunft verschoben und künftigen Generationen aufgebürdet werden. Mit vorausschauender, generationengerechter Politik hat das nichts zu tun. Ich will einige Beispiele nennen.

Beispiel bayerische Staatsstraßen: Jede dritte Staatsstraße in Bayern, insgesamt über 4.000 km, ist nach Angaben des Innenministeriums dringend sanierungsbedürftig. Die Schlaglochpisten im ländlichen Raum sind gewiss keine Vorstufe zum Paradies. Der Sanierungsbedarf bei den Staatsstraßen wird auf 720 Millionen Euro beziffert.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Bei den Staatsbrücken sieht es nicht besser aus. Jede dritte Brücke ist marode, 1.163 Brücken bayernweit. Sanierungskosten: 800 Millionen Euro.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in den vergangenen Monaten auf die Finanzierung der Bundesautobahnen gestürzt, auch um von den eigenen Verantwortlichkeiten und Unzulänglichkeiten bei den bayerischen Staatsstraßen abzulenken. Wir sagen: Erledigen Sie bitte zunächst in Bayern Ihre Hausaufgaben, bevor Sie in Berlin mit unausgegorenen Mautkonzepten Krawall machen. Erfüllen Sie hier in Bay-

ern Ihre selbstverständlichen Pflichten. Das ist es, was die Menschen von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute angekündigt, alle öffentlichen Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr barrierefrei zu machen. Das ist ein guter Vorsatz. Wir haben das hier im Bayerischen Landtag schon mehrfach beantragt. Sie haben dabei unsere Unterstützung. Ich hoffe, Sie setzen das auch um; ich denke, dieser Nachsatz ist notwendig. In Ihrer Regierungserklärung von 2008 haben Sie nämlich mit Pathos angekündigt, von Bayern, von München aus werde eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft eingeleitet. Wir haben das alle noch in sehr guter Erinnerung. In der konkreten Regierungspolitik war davon leider nicht viel zu spüren. Es mutet fast schon ein bisschen tragikomisch an, wenn ausgerechnet der Bayerische Ministerpräsident formuliert, bayerische Unternehmen stünden für Produktion statt für Spekulation um das schnelle Geld. Spekulation gab es im CSU-Auftrag bei der staatlichen Landesbank. Sie haben wohl auch die Münchener Großbank Hypo Real Estate vergessen, die in Ihrem zweiten Amtsjahr verstaatlicht werden musste und insgesamt 124 Milliarden Euro Garantien und weitere direkte Hilfen durch Kapitalmaßnahmen erhalten hat. Dass Bayern ein spekulationsfreier Raum sei, sollte nicht ausgerechnet ein landesbankgeplagter Ministerpräsident behaupten, dessen Partei die größte Fehlspekulation in Bayern überhaupt zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Thema Wohnen und Mieten wird das Soziale bei Ihnen ganz klein geschrieben. Gerade mal zwei dünne Sätzchen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung darauf verwendet. Das ist angesichts des Verrats an 85.000 Mieterinnen und Mietern der früheren staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW einfach nur bezeichnend. Kein Wort des Bedauerns, auch nicht über die aktuellen Entwicklungen! Medienberichten zufolge werden Hunderte der Wohnungen derzeit allein im Großraum München besichtigt, fotografiert und geschätzt. Andernorts sind die Mieten bis zur gesetzlichen Höchstgrenze erhöht worden. Den oftmals sozial schwächergestellten Mieterinnen und Mietern wird mitgeteilt, dass ihre Wohnungen verkauft werden.

Herr Ministerpräsident, sehenden Auges haben Sie und Ihr Finanzminister Markus Söder die Mieterinnen und Mieter der Unsicherheit, der Angst und dem drohenden Verlust ihres Zuhauses und ihrer Heimat ausgeliefert. Die von Ihnen gepriesene Sozialcharta ist ein wertloses Stück Papier; denn es schützt die Be-

wohner nicht. Wir haben den Minister schon frühzeitig davor gewarnt und die Festlegung des Schutzes in den einzelnen Mietverträgen angemahnt. Die SPD – so viel steht fest – wird im Bund auf eine Mietpreisbremse drängen. Die Landtags-SPD macht es sich zur Aufgabe, dass die Mietpreisbremsen landesrechtlich umgesetzt und schnellstmöglich Realität in Bayern werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss noch ein anderes wichtiges sozial- und wirtschaftspolitisches Thema ansprechen: Sie haben im Landtag in unzähligen Abstimmungen ein Tariftreue- und Vergabegesetz abgelehnt, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro als Voraussetzung bei öffentlicher Auftragsvergabe vorsieht. Seien Sie gewiss: Ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und ohne eine epochale Verbesserung der Lage von Geringverdienern wird es eine Koalition mit der SPD im Bund nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern beziehen immer mehr Menschen einen Niedriglohn, wie auch die Sozialberichterstattung des Freistaats zeigt. Lag der Anteil der vollbeschäftigten Niedriglohnbezieher im Jahr 2000 noch bei 14,5 %, waren es 9 Jahre später über 17 %. 264.000 Vollzeitbeschäftigte in Bayern erhalten einen Stundenlohn unter 5 Euro. 1,4 Millionen Beschäftigte arbeiten für 7 Euro pro Stunde. Bekämen die Beschäftigten wenigstens den von der SPD geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, würde dies eine zusätzliche Kaufkraft in Bayern von 2,6 Milliarden Euro bedeuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Spaltung in gute und in schlechte Arbeitsbedingungen hat sich vertieft. Aber eine Wirtschaftspolitik kann nur dann erfolgreich, innovativ und nachhaltig sein, wenn sie "gute Arbeit" und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen als politischen Auftrag ernst nimmt. Wir geben Ihnen bereits in der nächsten Plenarsitzung im Dezember eine Chance. Stimmen Sie im Landtag dem SPD-Mindestlohn-gesetz zu, damit wir dem Auftrag des Artikels 151 der Bayerischen Verfassung nachkommen können. Dort heißt es: "Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten." Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen den Auftrag unserer Verfassung ernst.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sanierungsstau bei der Infrastruktur, Versagen beim Breitband-Ausbau, zögerliche Energiewende - das deutet selbst bei allergrößtem Wohlwollen nicht darauf hin, dass die Bayerische Staatsregierung mit voller Kraft die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen schafft. Viele Versprechungen, wenig dahinter. Je größer die Überschriften, je leuchtender die Buchstaben, desto mehr Skepsis ist angebracht. Eine der schillerndsten Überschriften produzierte Herr Seehofer mit dem angeblichen Schuldenabbau bis 2030. Er tut sich mit diesem Versprechen sehr leicht; denn das Motto heißt: Wir werden dann zurückzahlen, wenn ich, Horst Seehofer, nicht mehr im Amt bin.

Herr Ministerpräsident, wir hatten erwarten können, dass Sie nach Ihren vollmundigen Ankündigungen heute einen Tilgungsplan vorlegen, ein konkretes Schuldentilgungsgesetz, das gegebenenfalls eine jährliche Pflichttilgung vorsieht, so wie Sie es als Regierungschef als angebliche Untermauerung Ihres Vorhabens angekündigt haben.

Ich muss noch eine Korrektur anbringen: Sie sprachen von einem ausgeglichenen Haushalt seit 2006. Davon kann natürlich mitnichten die Rede sein. In der letzten Legislaturperiode wurden die höchsten Kreditmarktschulden von einer bayerischen Staatsregierung seit 1945 aufgenommen. Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Ihrer Regierung einen neuen bayerischen Schuldenrekord aufgestellt. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen erwarten, dass wir mit Steuergeldern seriös und solide umgehen. Das ist und bleibt die finanzpolitische Richtschnur für die Landtags-SPD. Sie können davon ausgehen, dass wir unserem oppositionellen Kontrollauftrag kraftvoll nachkommen werden, wie wir es bei den CSU-Verfehlungen bei der Landesbank, bei der Landesstiftung und bei der Einführung des Digitalfunks getan haben. Grund zum Vertrauen in Ihre Finanzkünste gibt es keinen. Kontrolle ist besser, ja Kontrolle ist unerlässlich.

(Beifall bei der SPD)

Eine bessere Kontrolle ist auch mit Blick auf den gegenwärtig öffentlich diskutierten massenhaften Steuerbetrug in Bayern angezeigt. Bei bayerischen Steuerbehörden sind in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit Geldanlagen in der Schweiz 7.300 Selbstanzeigen eingegangen. Diese ergeben Steuermehreinnahmen von geschätzt 700 Millionen Euro. Wohlgemerkt: Wir reden nur von Bayern. Wir haben 7.300 Selbstanzeigen, und zwar nur im Zusammenhang mit Geldanlagen in der Schweiz.

Nach seriösen Schätzungen entgehen den öffentlichen Haushalten in Deutschland jährlich 16 % der gesamten Steuereinnahmen durch Steuerbetrug. Der Oberste Rechnungshof in Bayern kritisiert seit mittlerweile anderthalb Jahrzehnten, seit 14 Jahren, in jedem Jahresbericht, dass die Steuervollzugsbehörden in Bayern personell nur unzureichend ausgestattet sind. Die bayerische Steuerverwaltung ist bei der Betriebsprüfung, bei der Steuerfahndung, bei der Umsatzsteuersonderprüfung und im Innendienst dramatisch unterbesetzt. Bei der Personalausstattung ist Bayern im Ländervergleich das Schlusslicht. Es fehlen knapp 1.000 Stellen mit der Folge: Großbetriebe werden in Bayern nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe nur alle 17 Jahre und Kleinbetriebe nur alle 37 Jahre geprüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Steuerbetrug untergräbt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bayern muss den Kampf gegen Steuerkriminalität aufnehmen. Der ehrliche Arbeitnehmer, dessen Lohnsteuer Monat für Monat korrekt beim Finanzamt bleibt, darf in Bayern nicht mehr länger der Dumme sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident will heute abermals den Anschein erwecken, als stünde ausgerechnet er für transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Abseits von Sonntagsreden war bei der CSU von mehr Bürgerbeteiligung bislang nichts zu erkennen. Wir begrüßen, dass Sie den SPD-Vorschlag einer Volksbefragung aufgreifen. Wir unterstützen das ganz ausdrücklich. Sollten Sie es aber mit der Bürgerbeteiligung in Bayern ernst meinen, dann stimmen Sie bitte den drei folgenden SPD-Vorschlägen zu und schmettern Sie unsere Gesetzesinitiativen nicht wieder automatisch ab.

Erster Punkt: Bayern braucht mehr Transparenz im Verwaltungshandeln. Dabei geht es im Besonderen um die gesetzliche Veröffentlichungspflicht von amtlichen Informationen durch staatliche und kommunale Stellen. Im Bund und in den 11 Bundesländern ist das längst Realität und gesetzlich geregelt. Die Verwaltungen müssen auch in Bayern offener werden. Sie brauchen einen freieren Zugang zu Informationen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht als Bittsteller bei öffentlichen Stellen eine amtliche Information erleben müssen, um dann die Auskunft zu bekommen, man habe keinen Anspruch auf Information, weil man Nichtbeteiligter im Verfahren sei oder weil auch sonst kein gesetzlicher Auskunftsanspruch bestünde.

Bis jetzt hat die Zentralstaats-CSU alles abgelehnt, was ihrem Zentralstaatsgedanken in Sachen transparentes Verwaltungshandeln zuwiderläuft. Deshalb

sagen wir: Schluss mit den Sonntagsreden. Machen Sie bitte ernst und bringen Sie mit der SPD gemeinsam ein bayerisches Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg. Das ist längst überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt. Volksbegehren und Volksentscheide sind in Bayern eine sozialdemokratische Erfindung. Es war der sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, der nach dem Krieg aus dem Exil in der Schweiz diese beiden direktdemokratischen Instrumente nach Bayern gebracht hat. Volksbegehren und Volksentscheid sind seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Allerdings sind die Hürden für mehr direkte Demokratie als Ergänzung der bayerischen parlamentarischen Demokratie auf Landesebene sehr hoch. Die SPD will die Hürden zur Einleitung von Volksbegehren abbauen und erleichtern, die Eintragungsfristen verlängern und das Unterschriftensammeln erleichtern. Deshalb auch hier: Bitte machen Sie Schluss mit den Sonntagsreden. Machen Sie Ernst. Wagen Sie mit uns mehr Demokratie, und bringen Sie mit uns gemeinsam Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern auf den aktuellen Stand der Zeit. Das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt. Die Zeit ist reif für die Stärkung der direkten Demokratie auch auf Bundesebene. Die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag setzen sich dafür seit vielen Jahren ein. Gerade in Zeiten rückläufiger Wahlbeteiligung erscheint es geboten, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlen zu stärken.

Deshalb auch hier: Machen Sie Ernst und bringen Sie mit uns gemeinsam Volksbegehren und Volksentscheid auf der Bundesebene auf den Weg. Auch das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Mai kommenden Jahres erinnern wir an den EU-Beitritt Tschechiens vor zehn Jahren. Wir halten die Mitgliedschaft unseres Nachbarn in der Europäischen Union für einen glücklichen Moment der Geschichte. Rückblickend dürfte es auch die CSU als Peinlichkeit erachten, dass alle CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament gegen die Aufnahme unserer tschechischen Nachbarn gestimmt haben. Über einen langen Zeitraum gehörte es zum "guten" schlechten Ton in der CSU, wie ein nörgelnder Nachbar am Nachbarnschaftszaun zu stehen. So hat die CSU-Staatsregierung auch im Jahr 1992 im Bundesrat gegen den

deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag gestimmt, und dies als einziges Bundesland.

Herr Ministerpräsident, wir begrüßen ganz ausdrücklich die positive Entwicklung, die Sie herbeigeführt haben. Sie haben die Türen hin zu einer guten Nachbarschaft mit der Tschechischen Republik aufgestoßen. Wir hatten zwei Jahrzehnte im Bayerischen Landtag dafür geworben, und wir werden dies nun aus der Opposition heraus auch unterstützen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn der Bayerische Ministerpräsident nach den Wahlen bald wieder an die Moldau reiste und Abgeordnete des Bayerischen Landtags mit ihm.

(Beifall bei der SPD)

Die jüngsten Wahlen in Griechenland, in Frankreich, in Norwegen, in Österreich, in den Niederlanden, in Italien und auch anderswo in Europa haben den Rechtspopulisten enormen Zulauf beschert. Mit Argusaugen betrachtet die SPD-Fraktion den aus unserer Sicht völlig unkritischen Freundschaftskontakt des Bayerischen Ministerpräsidenten zum ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán. Der Empfang von Herrn Seehofer für den ungarischen Regierungschef in München vor acht Monaten war aus unserer Sicht ein falsches Signal und Ausdruck mangelnder außenpolitischer Sensibilität.

(Beifall bei der SPD)

Statt klare Worte zu den undemokratischen Vorgängen in Ungarn zu sagen, hat Bayerns Ministerpräsident vor den Verstößen Ungarns gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit demonstrativ die Augen verschlossen. Umso mehr wollen wir es loben, dass Frau Landtagspräsidentin Barbara Stamm wegen der besorgniserregenden rechtsstaatlichen Entwicklung in Ungarn die Zusammenarbeit beider Parlamente bis auf Weiteres unter Vorbehalt gestellt hat. Die Bayerische Staatsregierung sollte ihren unkritischen Kurs gegenüber Viktor Orbán überprüfen und sich den Vorgaben des Parlaments offen anschließen, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

So sehr uns der Rechtsruck in vielen Ländern Europas besorgt, müssen wir doch in Bayern unsere Hausaufgaben machen. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist in Bayern auch im vergangenen Jahr gestiegen. Die Neonazis agieren immer dreister. Ausländer- und islamfeindliche Parteien und Organisationen wie "DIE FREIHEIT" streben 2014 in die Kommunalparlamente und ins Europaparlament. Die rechten Rattenfänger kommen längst nicht mehr nur

in Springerstiefeln und Bomberjacken daher, sondern treten immer häufiger in Anzug und Krawatte als Biermänner auf.

Als SPD unterstützen wir das NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke in Bayern zu verbieten. Wir wollen diese Legislaturperiode auch dazu nutzen, die Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Die nationalsozialistisch motivierten Morde an ausländischen Mitbürgern haben uns bestürzt und beschämt. Bayerische Verfassungsschützer haben jahrelang abgestritten, dass es Rechtsterrorismus in Bayern überhaupt gibt, und die rechte Szene wurde in eklatanter Weise unterschätzt. Jetzt endlich müssen die strukturellen Ursachen für die Fehler behoben werden. Der Verfassungsschutz muss seine Aufgaben als Inlandsgeheimdienst auf die Beobachtung des gewaltbereiten und rassistisch motivierten Extremismus konzentrieren und beschränken, und auch der Einsatz verdeckter Ermittler anstelle von V-Leuten ist dringend geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen werden und in den Vereinen, in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Unser Dank gilt hier auch der bayerischen Polizei, die in ihrem täglichen Einsatz nicht nur gegen den Rechtsextremismus sehr gute Arbeit leistet. Der Mut und der persönliche Einsatz der Beamtinnen und Beamten verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ausländerfeindliche, antisemitische, antimuslimische Strömungen dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. In Bayern haben 2,4 Millionen Menschen und hat damit rund ein Fünftel unserer Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Bei den Kindern unter sechs Jahren liegt der Anteil mit Migrationshintergrund in Bayern bereits bei einem knappen Drittel, in den Großstädten bei annähernd zwei Dritteln. Wir sind eine bunte, wir sind eine vielfältige Gesellschaft mit vielen Kulturen. Zu uns in Bayern gehören mittlerweile neben der oberbayerischen Gebirgstracht, der alpenländischen Stubenmüsi, den Schlössern, Klöstern und Kirchen, neben dem Oberpfälzer Karpfen und dem fränkischen Kren auch das italienische Edelrestaurant, das türkische Delikatessengeschäft und der griechische Sirtaki-Abend. Das alles gehört genauso zu Bayern wie Django Asül, Arjen Robben und Franck Ribéry. Bayern ist bunt, Bayern ist tolerant, Bayern ist weltoffen. Auch das

sind Gründe, warum wir Bayern so sehr lieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Integration in die Gesellschaft kann nicht verordnet werden. Sie braucht die Mitwirkung der Zuwanderer und ist verbunden mit der Notwendigkeit, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten. Die Politik muss jedoch auch die Mittel hierfür bereitstellen. Uns muss es darum gehen, den Einwanderern, gleich welcher Herkunft, Nationalität, Kultur oder sozialen Stellung, eine umfassende gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung, am Arbeitsleben und an den politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Im Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen zur Integration steht dabei der Gedanke der Chancengleichheit. Die Landtags-SPD wird deshalb erneut ein Integrationsgesetz in den Landtag einbringen.

Bayern ist bunt. Das macht unser Land nicht nur ein wenig farbiger und schöner, sondern das ist auch eine große Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen. Bei der Bewertung der heutigen Regierungserklärung kommt man nicht umhin, auch Herrn Seehofers erste Regierungserklärung aus dem Jahr 2008 mit in den Blick zu nehmen. Dabei können wir dem Ministerpräsidenten auch beim besten Willen kein gutes Zeugnis ausstellen. Ankündigungen von 2008 sind vollends zerstoßen oder haben sich ins Gegenteil verkehrt. Rückblickend wird angesichts der Regierungserklärung von 2008 jede Fantasy-Saga zum Dokumentarfilm.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für das 2008 gegebene Versprechen einer schnellen steuerlichen Entlastung unter dem Motto "Mehr Netto für alle". Herr Seehofer sagte wörtlich: "Bürger und Wirtschaft brauchen Steuerentlastungen – jetzt, und nicht nur als Wahlversprechen." – Wir wissen, was daraus geworden ist, nämlich nichts.

Der Ministerpräsident hatte versprochen, dass am Ende der Legislaturperiode deutlich mehr Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes beschäftigt würden. Dies sei ihm – wörtliches Zitat – "persönlich" ein wichtiges Anliegen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das sieht man hier!)

Was ist daraus geworden? - Frauen in Führungspositionen sind in der Seehofer-Verwaltung nach wie vor eine Rarität.

An die nicht gehaltenen Versprechungen mit Blick auf ein schnelles Internet und Ganztagschulen in Bayern habe ich bereits erinnert. Auch heute hat der Bayerische Ministerpräsident viele Plakate ins Schaufenster gehängt und auf das Kleingedruckte verzichtet. Der Redenschreiber war ein Werbeexperte.

Deshalb sind Zweifel berechtigt, ob Herr Seehofer dieses Mal seinen Worten auch Taten folgen lässt. Wir können uns auch nicht sicher sein, ob dies eine Regierungserklärung für die gesamte Legislaturperiode war. Herr Seehofer hat ja demonstrativ angekündigt, bis 2018 im Amt bleiben zu wollen. Allein schon das muss einen stutzig machen. Ich persönlich bin davon überzeugt: Spätestens ab 2015/2016 werden wir uns auf Diadochenkämpfe innerhalb der CSU einzustellen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die Aufgabe der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Regierung zu kontrollieren, Entwicklungsimpulse für Bayern zu geben und mit eigenen Konzepten zu untermauern. Wir werden dabei das Gespräch und die Kooperation mit allen Fraktionen im Hohen Haus suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD ist sich als älteste und traditionsreichste Partei ihrer Verantwortung für den Freistaat bewusst. Wir arbeiten dafür, den Freistaat freier zu organisieren und das Leben in Bayern gerechter zu machen. Aus der Mitte des Bayerischen Landtags heraus werden wir als größte Oppositionspartei die Kontrolle der Regierung wahrnehmen. Wo Sie vom Weg abkommen oder noch gar nicht auf dem richtigen Weg sind, werden wir Ihnen Orientierungshilfe geben. Sie haben diese dankenswerterweise in der letzten Legislaturperiode auch in Anspruch genommen

(Volkmar Halbleib (SPD): Mehrfach!)

und Positionen der SPD mehr als einmal übernommen. Wo Sie Schaden über Bayern bringen, wollen wir alles tun, Sie daran zu hindern.

(Beifall bei der SPD)

All unser Streben, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das Wohl und die Zukunft unserer Heimat Bayern und seiner Menschen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. - Für die CSU bitte ich Herrn Kreuzer ans Mikrophon.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Vielleicht eine Vorbemerkung zur Opposition. Es ist gesagt und bis vor wenigen Wochen noch der Eindruck erweckt worden, hier seien drei Oppositionsparteien, die so geschlossen sind, dass sie nach einem Wahlsieg in Bayern die Regierungsgeschäfte gemeinsam übernehmen können und sich über wichtige Sachthemen einigen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dass Sie ablenken, wird besondere Gründe haben, vermute ich!)

Erste Zweifel, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind mir gekommen, als wir über die Sitzordnung diskutierten. Schon da war eine Einigung in der Sache keineswegs mehr möglich,

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

sondern es ist ein offener Streit ausgebrochen.

Aber noch klarer ist es heute geworden. Wir haben eine der wichtigsten Debatten für die kommenden Jahre, und die Präsidentin hat die Fraktionen gebeten, man möge Rücksicht darauf nehmen, dass alle bei der Debatte während der Fernsehübertragung zu Wort kommen, da die Öffentlichkeit nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt gegeben ist. Ich habe für die CSU-Fraktion gesagt, ich werde dies tun, wir werden es uns aufteilen, damit alle Gehör finden. Herr Kollege Rinderspacher hat seine Redezeit so ausgeschöpft, dass er nur fertig geworden ist, weil die Regierungserklärung etwas länger war.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarren!)

Somit hat er den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien, vor allem den GRÜNEN, regelrecht das Wasser abgegraben.

(Beifall bei der CSU)

So viel ist von der Geschlossenheit der Opposition übrig geblieben.

Meine Damen und Herren, zur Sache.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum verzichten Sie nicht auf Ihren Beitrag?)

Wir haben immer gesagt: Bayern steht gut da. Aber dass eine so rasante Steigerung der Lage in Bayern möglich ist, Herr Rinderspacher, nach Ihren Ausführungen seit der Wahl des Ministerpräsidenten bis zum heutigen Tag – wenn man die ersten zehn Minuten ansieht -, das hätten auch wir nicht für möglich gehalten. Sie haben ganz anders als damals Bayern in den höchsten Tönen als liebenswertes, als lebenswertes,